

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

60 (6.8.1947)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Organ der KP

2. Jahr Nr. 60

F B S

Mittwoch, 6. August 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

## Bulgarisch-jugoslawisches Bündnis

Tödlicher Schlag gegen die Reaktion

Belgrad. Der bulgarische Ministerpräsident Dimitroff war zu einem Staatsbesuch in Jugoslawien und wurde von Marshall Tito empfangen.

Wie die Agentur Tanjug bekannt gibt, fanden in Bled zwischen Vertretern Jugoslawiens und Bulgariens Verhandlungen statt, die zu einer vollständigen Übereinstimmung zwischen den beiden Ländern, bezüglich der beide Länder berührenden Fragen, führten.

Sofia. In Anerkennung der Notwendigkeit des Abschlusses eines Freundschafts- und Beistandspaktes haben die bulgarische und die jugoslawische Regierung in gemeinsamer Arbeit den Wortlaut eines solchen Abkommens ausgearbeitet, erklärt ein bulgarisch-jugoslawisches Kommuniqué das unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen von Bled in Sofia und Belgrad veröffentlicht wurde. „Zur Erleichterung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Bulgariens“, heißt es in dem Kommuniqué weiter, „verzichtet Jugoslawien auf die durch den bulgarischen Friedensvertrag auf 25 Millionen Dollar festgesetzten Wiedergutmachungsleistungen Bulgariens. Des weiteren haben die beiden Länder beschlossen, eine Zoll-Union und eine Währungsangleichung für beide Länder vorzubereiten. Sie sind außerdem übereingekommen, in enge Fühlung miteinander zu treten und ihre Haltung gegenüber den häufigen monarchistisch-faschistischen Provokationen durch die Griechen sowie bezüglich der vom Sicherheitsrat geschaffenen Untersuchungskommission auf eine gemeinsame Basis zu stellen.

Angesichts der anderen internationalen Probleme werden die beiden Regierungen gleichfalls auf engste zusammenarbeiten. Auch angesichts der Donaufrage herrscht volle Übereinstimmung — beide Staaten sehen die Donau als zurecht dem einzigen souveränen Staat an den Ufern dieses Flusses gehörig an. In enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit werden sich die beiden Länder gegenseitig auf industriellem Gebiet sowie in den Fragen der Elektrifizierung und des Bergbaues, des Sportes und Außenhandels unterstützen.

Bulgarische und jugoslawische Staatsangehörige bedürfen beim Uebertritt der bulgarisch-jugoslawischen Grenze keines Visums mehr.

Für den Grundbesitz, der durch die Grenze aufgeteilt wird, werden neue Regelungen getroffen werden. Die Eisenbahn- und Straßenverbindungen zwischen den beiden Ländern werden entwickelt werden und schließlich wird auch ein

kultureller und geistiger Austausch in weitestgehendem Maße durchgeführt werden.

In dem Vorwort zu den von den beiden Regierungen gefaßten Beschlüssen heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, um den jahrhundertelangen Wunsch der beiden Völker Wirklichkeit werden zu lassen, denn das im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den deutschen Angreifer, gemeinsam vergossene Blut hat die beiden Staaten noch fester aneinander gebunden.

Belgrad. „Wir haben es absolut nicht nötig, irgendeinen Staatenblock zu bilden. Wir verlangen nur das Recht, unseren Völkern ein friedliches Leben sichern und die Einmischung der im Westen außerhalb unserer Grenzen tätigen Reaktionen in unsere innerpolitischen Angelegenheiten verhindern zu können“, erklärte der jugoslawische Regierungschef Marshall Tito zu dem gestern in Bled unterzeichneten bulgarisch-jugoslawischen Abkommen. Marshall Tito fügte hinzu, daß dieses Abkommen den internationalen

imperialistischen Versuchen einen tödlichen Schlag versetze und die Bemühungen der nationalen Reaktionen aus dem Balkan ein Pulverfaß zu machen und damit den Krieg in Europa zu entzünden, zunichte mache.

### Rückkehr Dimitroffs nach Sofia

Sofia. Die unter Führung von Ministerpräsident Georgi Dimitroff stehende Regierungsdelegation ist nach Sofia zurückgekehrt. Bei einem Empfang, an dem alle Persönlichkeiten der bulgarischen Hauptstadt teilnahmen, berichtete der Ministerpräsident über seine Reise nach Jugoslawien und erklärte: „Wir haben uns mit den anderen demokratischen slawischen und nicht-slawischen Völkern die Aufgabe gestellt, aus dem Balkan, der ehemals Kriegsschauplatz gewesen ist, einen Pfeiler des Friedens und der Demokratie und einen Faktor der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den großen und kleinen Völkern der Erde zu machen.“

## Streikdrohung badischer Bauarbeiter

Die Gewerkschaft der Bauarbeiter in Freiburg nahm Stellung zu den Fragen der Ernährung und der Versorgung mit den wichtigsten Gebrauchsgütern. Seit sieben Monaten laufen schon die Forderungen über die berechtigten Anforderungen der Bauarbeiter über die Einstufung in Gruppe drei, Zuweisung von Arbeitsschuhen, Arbeitskleidern und Fahrradbereifung, ohne daß nur eine dieser Forderungen erfüllt worden wäre. Zum Schuhproblem wurde darauf hingewiesen, daß in Fahnau (Wiesental) 36 000 Paar Schuhe lagern würden, aber die Bauarbeiter nicht wüßten, wie sie im kommenden Herbst und Winter ihre schwere Arbeit mit zerrissenem Schuhwerk verrichten sollen. Es wurde darauf hingewiesen, daß mit einer Aenderung der bestehenden katastrophalen Verhältnisse nicht gerechnet werden könne, bevor die Gewerkschaften keinen maßgebenden Einfluß auf die Produktion und Verteilung hätten. Sollte die Wiederaufbautätigkeit mit der Zeit nicht völlig zum Erliegen kommen, müsse rasche Hilfe kommen, insbesondere sei die allgemeine Ernährungslage auf ein auskömmliches Maß zu bringen, wobei die einheitliche und gleichmäßige Lebensmittelversorgung der Normalverbraucher in der Stadt und auf dem Land zu garantieren sei.

Die Not der Bauarbeiter ist die Not der ganzen Arbeiterschaft, aber als ausgesprochener Außenberuf sind die Bauarbeiter aller Fachweige dem Einfluß der kraft- und bekleidungsverbrauchenden Witterung besonders ausgesetzt. Wenn nicht sofort erfolgreiche Schritte zur Verbesserung ihrer Lage unternommen werden, ist mit starken Schädigungen der Gesamtwirtschaft zu rechnen, weil die Bauarbeiter trotz besten Willens und trotz ihres stets bewiesenen Verantwortungsbewußtseins körperlich einfach versagen. Darum sei ein längeres „Geduldigein und Warten“ unmöglich. Die am 2. Juli beschlossene Resolution zur Versorgungslage hat bis jetzt noch zu keinen Erfolgen geführt.

Diese Erkenntnisse haben dazu geführt, daß die Versammlung die Durchführung eines zweitägigen Proteststreiks am 11. August beschlossen hat, falls bis zum 10. August die härtesten Notstände im Baugewerbe nicht beseitigt sind, womit sich die Bauarbeiterschaft an die Öffentlichkeit wendet. Die nächste Versammlung wird am 11. August im Freiburger Gewerkschaftshaus stattfinden.

### Arbeitsniederlegung in Tuttlingen

Als Folge immer mangelhafter Ernährung  
Tuttlingen. Am Dienstag, 29. Juli, legte die Belegschaft der Schuhfabrik Rieker & Co. die Arbeit für einen Tag nieder. Die Bewegung ging von den Abteilungen, in denen die schwerste Arbeit geleistet wird, aus und griff dann auf das Werk und schließlich auf die übrigen Großbetriebe am Ort über. Sowohl die Gewerkschaften wie die Behörden waren durch die Aktion völlig überrascht. In einer einberufenen Betriebsraterversammlung wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die Bewegung keinen politischen Charakter habe, sondern daß die Arbeiter angesichts der stets sich verschärfenden Ernährungsschwierigkeiten einfach nicht mehr in der Lage seien, die Arbeit zu bewältigen. Unter eindeutigem Hinweis auf den Ernst der Lage wurde schließlich beschlossen, die Arbeit am Mittwoch wieder aufzunehmen.

## Das Feuer in Indonesien eingestellt

Ein Erfolg des Weltsicherheitsrats

Lake Success (Südena). In der Freitagsitzung des Weltsicherheitsrates wurde nach dem Antrag der australischen Delegierten und einem Zusatzantrag des französischen Delegierten eine Resolution mit acht gegen drei Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen, die Holland und Indonesien aufforderte, die Feindseligkeiten auf Java und Sumatra einzustellen, und ihren Konflikt einem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten oder ihn durch eine andere friedliche Regelung beizulegen. Gromyko (UdSSR) erklärte, daß es nicht allein genüge, eine Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen, sondern daß gleichzeitig auch festgelegt werden müsse, daß auch die holländischen Truppen auf ihre Stellungen vor Eröffnung der Feindseligkeiten zurückzunehmen seien. Der australische Antrag sah die Waffenruhe unter Beibehaltung der gegenwärtig erreichten Stellungen der beiden Parteien vor.

über den Rundfunk der von der holländischen Regierung erlassene Befehl bekannt gegeben, in der Nacht vom vierten auf fünften August auf Java und Sumatra das Feuer einzustellen. Damit endigen also die „Polizeimaßnahmen“, die am 20. Juni begannen und den Holländern die Möglichkeit gaben, die östlichen und westlichen Gebiete Javas sowie die wichtigsten Häfen der Insel wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Es ist so gut wie sicher, daß die holländische Regierung die Absicht hat, die von ihr zur Zeit besetzten Teile Javas und Sumatras in autonome Gebiete umzuwandeln, womit die Anerkennung der Hoheitsgewalt der Republik über Java und Sumatra einen großen Teil ihres Wertes verlieren würde. Für viele Beobachter ist die jetzt beginnende Verhandlungsperiode infolgedessen nur ein Zwischenakt vor der endgültigen Lösung.

### Pakete für Kriegsgefangene in Jugoslawien

Nach Mitteilung der Landesdirektion des Bad. Hilfswerkes wird ein Sammeltransport von Liebesgaben an die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien durchgeführt. Die Pakete sind beim zuständigen Ead. Hilfswerk abzugeben, die dort nach dem Inhalt kontrolliert und von da weiterbefördert werden. Abgabezeit: Montag, Mittwoch und Freitag von 14 bis 18 Uhr.

## Stimmen zum Marshall-Plan

### Harold Laski, ein Führer der englischen Sozialdemokratie:

„Alle Sozialisten werden, wie ich glaube, darin übereinstimmen, daß der Hilfsplan General Marshall's der Größe des europäischen Problems gerecht werden muß. Ein Flickwerk, das eine Fortsetzung der Trumanpolitik darstellen würde und darin bestünde, Almosen nur an solche Regierungen zu vergeben, über deren reaktionären Charakter kein Zweifel herrscht, würde für niemanden eine wirkliche Hilfe bedeuten. Alle Sozialisten werden ferner mit mir übereinstimmen, daß es höchst bedauernd sein würde, wenn aus Washington Vorschläge kämen, die die Sowjetunion nicht einbezögen.“ „Wir Sozialisten lehnen es ab, in eine Abhängigkeit von Amerika zu geraten. Wir können auch nicht die amerikanische These akzeptieren, wie sie sich so brüsk im Falle der Truman-Anleihen und der Einstellung der Finanzhilfe für Ungarn zeigte, die Formen politischer Demokratie als eine Angelegenheit zu betrachten, die sich von dem sozialen und ökonomischen Charakter der Gesellschaft losrennen läßt. Wir müssen jedes Angebot einer Regierung, die heute das Argentinien Perons als wahre Demokratie bezeichnet, erst sorgfältig prüfen, und wir dürfen niemals vergessen, daß es Expräsident Hoover war, der die wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten dazu ausnutzte, um Ungarn an Admiral Horthy auszuliefern. Mit anderen Worten: Das Marshall-Angebot darf weder mit ideologischen Vorbehalten verbunden sein, noch den Charakter einer Teilung Europas in sich tragen. Der Marshall-Plan darf nicht zum Finanzbollwerk werden, auf dem sich der westeuropäische Staatenbund Churchills erheben kann. Die Welt darf es nicht zulassen, daß die Zukunft Europas zum Spielball amerikanischer Politik wird.“

### Molotow, Außenminister der UdSSR:

„Wenn Anstrengungen gemacht werden, damit sich Europa in erster Linie selbst helfe und sein eigenes Wirtschaftspotential und den Warenaustausch zwischen den Ländern entwickle, dann liegt dies im Interesse der europäischen Länder. Wenn jedoch gesagt wird, wie es in dem französischen Vorschlag gemacht wird, daß die entscheidende Rolle im Wiederaufbau des Wirtschaftslebens der europäischen Länder von den Ver-

einigten Staaten von Amerika und nicht von den europäischen Ländern selbst übernommen werden sollte, dann steht eine solche Politik im Gegensatz zu den Interessen der europäischen Länder, weil dies zu einer Beseitigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit führen könnte, was mit der Wahrung der nationalen Souveränität unvereinbar wäre.“ „Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die französisch-britischen Vorschläge die Frage Deutschlands und seiner Hilfsquellen aufwarfen. Andererseits wird nichts getan, um die Bildung einer allgemeinen deutschen Regierung zu beschleunigen, die besser als irgend jemand anders für die Erfordernisse des deutschen Volkes sorgen könnte. Im Gegenteil, in den Westzonen Deutschlands wird die Politik der Föderalisierung Deutschlands und die Politik der wachsenden Isolierung des westdeutschen Gebietes von dem übrigen Deutschland fortgesetzt, was mit der tatsächlichen Wiederherstellung Deutschlands als eines einheitlichen demokratischen Staates und Mitglieds der Familie der friedliebenden Staaten Europas unvereinbar ist.“

### „Vorwärts“ (Berlin):

Die amerikanischen Kreditgeber wollen verdienen. Jeder Dollar, den sie Europa leihen, soll ein Stein zu dem Schutzwall sein, der den Bestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems sichern und verewigen soll. Mit einem privatkapitalistischen Europa lassen sich bessere Geschäfte machen als mit einem sozialistischen. Das Beispiel eines sozialistischen Europas ohne das Damoklesschwert der Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit könnte den amerikanischen Segnungen des Kapitalismus nehmen. So kämpft der amerikanische Monopolkapitalismus auch in Europa mit Dollars um die Sicherung seiner Zukunft. Darum soll Europa für ein Dollar-Linsengericht die Möglichkeiten einer sozialistischen Zukunft verkaufen.

### Walter Fisch (Frankfurt):

Die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan wäre eine Katastrophe. Die KPD sei zwar nicht gegen Kredite, aber gegen Kredite mit politischen Bedingungen. Die Kredite dürften Deutschland nicht dazu zwingen, Rohstoffe zu exportieren, sondern müßten ihm die Möglichkeit zu einem hochwertigen Fertigwarenexport lassen.

### Thorez zur deutschen Frage

„Für unseren Teil haben wir schon bemerkt, daß zweimal, 1870 und 1914, unser Land das Opfer eines föderalistischen Deutschlands wurde. Der Föderalismus, den gewisse Leute predigen, garantiert nicht den Nachbarn Deutschlands ihre Sicherheit. Es heißt, das Rad der Geschichte zurückdrehen, wollte man Deutschland in den Zustand zurückversetzen, wo es sich zur Zeit des Versaller Friedensvertrages befand. Die deutsche Einheit ist eine historische Tatsache, der man Rechnung tragen muß.“

Aus seiner Rede auf dem Nationalkongreß der KP Frankreichs

## Bodenreform in Baden

Die nach den Potsdamer Beschlüssen der Alliierten in Deutschland geforderte Bodenreform als eine der Voraussetzungen zur Sicherung des neuen demokratischen Aufbaus wurde bei den Verhandlungen der vier Außenminister in Moskau unterstrichen und ihre Verwirklichung noch für dieses Jahr gefordert.

Während in der sowjetischen Zone im Laufe von 3 Monaten bereits im Jahr 1945 2743 000 ha Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet und an über 400 000 landarme Bauern und Siedler übergeben wurden, ist die Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen nicht über das Stadium der Vorbesprechungen und der Gesetzes-Entwürfe hinausgekommen. 6,1 Millionen ha, darunter 4,7 Millionen forstwirtschaftliche Flächen und 921 000 ha landwirtschaftliche Anbauflächen im Westen zeigen, wie stark die wirtschaftliche und damit politische Macht des Großgrundbesitzes und des Agrar-Kapitals in diesen Gebieten ist. Sowohl die in der amerikanischen Zone vorgeschlagene Regelung einer Bodenreform, als auch die vor kurzem in der englischen Zone beabsichtigte Lösung würde in keiner Weise den Zweck der Bodenreform erreichen, eine der Hauptstützen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der kapitalistischen, bürgerlichen Gesellschaft zu zerschlagen und gleichzeitig durch eine Intensivierung des aufgeteilten Grundbesitzes im Eigentum werktätiger Bauern, die Ernährung unseres Volkes aus eigener Kraft einigermaßen sicherzustellen.

In der französischen Zone ist bisher, außer dem Versuch, die gesetzlichen Vorschläge der amerikanischen Zone zu übernehmen, nichts unternommen worden, obwohl auch die französische Militär-Regierung schon seit langem auf die Notwendigkeit der Bodenreform hingewiesen hat. Außer der Diskussion des Problems in den Tageszeitungen und den Vorschlägen der KP und der Gewerkschaften, hat der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband eigene Vorschläge ausgearbeitet, die bei einer unverbindlichen Vorbesprechung im Landeswirtschaftsrat stark beachtet wurden.

Es zeigt sich schon jetzt, daß die Durchführung der Bodenreform in Baden von bestimmten Kreisen der CSV, ja schon die Vorbereitung dazu, immer wieder hinausgeschoben wurde und man am liebsten wegen der angeblich besonderen Lage in unserem Lande von einer Bodenreform Abstand nehmen möchte. Der Landtag nahm bei den Verfassungs-Verhandlungen deshalb mit der übergroßen Mehrheit der bürgerlichen Parteien gegen den Begriff Bodenreform und die politische Tendenz, die mit ihm verbunden ist, Stellung. In der Verfassung ist deshalb nur von einer „Agrarreform“ im Sinne einer Flurbereinigung und Meliorisation die Rede.

Die KP erklärt demgegenüber, daß sie zusammen mit den fortschrittlich und demokratisch gesinnten Bauern mit aller Energie auf der Durchführung einer wirklichen Bodenreform auch in Südbaden aus politischen Gründen und aus Gründen der Verbesserung unserer Ernährungslage bestehen wird. Diese Bodenreform muß sich nicht nur auf die landwirtschaftlich nutzbare Fläche des Großgrundbesitzes, sondern ebenso auch auf dessen Waldungen beziehen. Alle Güter, die sich nicht in Besitz von werktätigen Bauern befinden und über 100 ha groß sind, sollen entschädigungslos enteignet

# Tagesfragen / Kreiskonferenz der KP Freiburg

werden. Nur so wird es den landarmen Bauern, den Siedlern und den zugewanderten Flüchtlingen möglich sein, ohne allzu große Schuldenlast das in ihr Eigentum übergehende Land zu bewirtschaften. Der Land- und Grundbesitz, auch unter 100 ha, der als Kriegsverbrecher verurteilten Nazis muß entschädigungslos eingezogen und dem zur Verteilung kommenden Bodenfonds zugeteilt werden. Güter, die seit 1. Januar 1936 ununterbrochen verpachtet sind, müssen ohne Entschädigung in den Besitz der Pächter übergehen, da ihre bisherigen Eigentümer sie nur als Kapitalanlage zum Zwecke eines Arbeitsloseneinkommens mißbraucht haben.

Die KP fordert von der zukünftigen Regierung die beschleunigte Vorlage eines Gesetzes zur Bodenreform, in dem diese

Im amtlichen Fernsprechnachrichtendienst für den Bezirk der Oberpostdirektion Freiburg im Breisgau 1947 ist unter Offenbarung aufgeführt: „Verlag Der neue Tag“ Telefonnummer 2007. Daß ist ein Druckfehler; unsere Nummer ist: 2207

Grundsätze enthalten sind. Sie ist überzeugt, daß die werktätigen Bauern mit ihrer Auffassung sind, daß durch diese Bodenreform ein jahrhundertes altes Unrecht wieder gutgemacht wird, das ihren Vorfahren zugefügt wurde. Auch die Bestimmungen der Verfassung, die eine entschädigungslose Enteignung ausschließen, dürfen bei der Durchführung der Bodenreform im Sinne unserer Vorschläge kein Hemmnis bedeuten.

Die KP ist entschlossen, einen Volksentscheid zur Durchführung der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes der Fürsten und Grafen, der Herzöge und Herrschaften einzuleiten, falls im Landtag sich keine ausreichende Mehrheit für die Annahme eines solchen Gesetzes finden würde.

Resolutions-Entwurf zum Landesparteitag der Kommunistischen Partei Land Baden am 16. und 17. August in Lörrach

## Interessantes Eingeständnis

Matthew Woll, Vizepräsident der amerikanischen A. F. L., ist bekannt als ein eifriger Vertreter der Bestrebungen zur Errichtung eines souveränen westdeutschen Staates, als Bollwerk gegen den „kommunistischen Einfluß aus dem Osten“. In Wirklichkeit erstrebt man in diesen amerikanischen Kreisen die Errichtung eines westdeutschen Staates, um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Militaristen in der deutschen Wirtschaft und die Überführung ihrer Betriebe in das Eigentum des deutschen Volkes zu verhindern. Das Interesse des amerikanischen Monopolkapitalismus durch „Zusammenarbeit“ mit den deutschen Großkapitalisten, Westdeutschland ihren kapitalistischen Interessen nutzbar zu machen, steht im Gegensatz zu dem Willen der deutschen Werktätigen, durch Überführung besagter Betriebe in das Eigentum des Landes, der Kreise oder Gemeinden eine demokratische Entwicklung in Deutschland zu sichern.

Schon vor Einladung der russischen Vertreter nach Paris stellte Woll die Forderung auf: „ein zweckentsprechendes, umfassendes Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands muß sich auf die drei westlichen Zonen erstrecken. Er sprach es offen aus, daß, noch ehe die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zu Verhandlungen über den Marshall-Plan zusammen kamen, man die Absicht hatte, die Europahilfe weder auf ganz Europa, noch auf ganz Deutschland auszudehnen. Interessant ist es zu lesen, daß selbst dieser fanatische Vertreter der Spaltung Deutschlands und Europas feststellen mußte: „Die Beschlüsse Washingtons und Londons über die wirtschaftliche Vereinheitlichung der amerikanischen und der britischen Zonen, entsprechen gleichfalls nicht den Forderungen der Stunde und sind erst recht nicht geeignet, eine Besserung der Lage herbeizuführen. Diese Beschlüsse haben dem deutschen Volke weder eine begründete Hoffnung auf eine wirtschaftliche Erholung, noch eine Aussicht auf Fortschritte in politischer Beziehung zu eröffnen vermocht.“

**Ruhrkohle-Konferenz am 11. August**  
London (Südena AFP). Die anglo-amerikanische Konferenz über die Erhöhung der Ruhrkohlenproduktion wird am 11. August in Washington eröffnet. Damit werden die Nachrichten demontiert, nach denen sich die Eröffnung der Konferenz noch weiter hinauszögern sollte. Als Maßnahmen, die zur Erhöhung der Kohlenproduktion führen sollen, werden insbesondere genannt: bessere und stabilere Ernährung für die Bergleute, bessere Wohnungen, Erneuerung der schadhafte oder abgenutzten Zechenanlagen und schließlich Verbesserung der Transportmöglichkeiten.

## Ein Straßer will nach Deutschland

Halifax. Wie A.P. meldet, bewirbt sich Otto Strasser, der sich gegenwärtig in USA aufhält, um die Einreisegenehmigung nach Deutschland, um hier seine politische Tätigkeit wieder aufnehmen zu können. Er ist, früher als sein Bruder Gregor mit seinen nationalsozialistischen Parteifreunden in Konflikt geraten, und hat erst in Deutschland und später von Prag aus, eine nationalsozialistische Oppositionsbewegung „Die schwarze Front“ zu schaffen versucht. Es gelang nicht, wesentlichen Einfluß auf die Massen der Hitleranhänger zu gewinnen. Strasser versucht seine Anstrengungen, eine Einreiseerlaubnis zu erhalten, mit Erklärungen anti-kommunistischen Inhalts zu unterstützen. Er spricht davon, daß für Europa die Zeit dränge, um einer „Invasion aus dem Osten“ zuvor zu kommen. Er schätzt die Chancen für eine mögliche Besetzung Westdeutschlands und Europas innerhalb des nächsten halben Jahres durch Sowjetrußland sehr hoch ein. Truman-Doktrin und Marshall-Plan bedeuteten, wie Strasser meint, zu wenig und kämen zu spät, aber es gäbe noch die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung.

Freiburg. Zur Vorbereitung des Landesparteitages trafen sich im Freiburger Gewerkschaftshaus die Vertreter der Kommunistischen Partei des Stadt- und Landkreises Freiburg zu einer Kreisdelegiertenkonferenz. Auch sozialdemokratische und parteilose Gäste waren erschienen. Es galt, durch kameradschaftliche Diskussion Wege zu suchen, welche uns vorwärtsbringen, zur Überwindung des Hungers und der Not, zur Schaffung und Festigung der Arbeiterklasse und zur Einheit unseres deutschen Vaterlandes.

Der Redner der Tagung, Gen. Eckert, gab einen Rückblick auf unsere Parteiarbeit. Er zeigte sowohl das Erreichte wie das Nichterreichte auf, behandelte unsere Verfassungs- und Wahlkampagne, die Verhandlungen um die Regierungsbildung, die Bemühungen unserer Partei um eine wirkliche, gerechte Entnazifizierung, nicht minder aber die internationale politische Entwicklung. Im Vordergrund müsse nach wie vor der Kampf für die Sozialistische Einheit, der Kampf für die Überwindung der Zonengrenzen, der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, einer wirklichen Demokratisierung und der Erhaltung des Friedens stehen. Als Deutsche müssen wir endgültig erkennen, daß nicht in Differenzen der Alliierten, geschweige denn in neue kriegerische Auseinandersetzungen unsere Hoffnungen gesetzt werden dürfen, da dadurch unsere Lage nicht verbessert werden kann.

## Um die Regierungsbildung

Zur gleichen Zeit, da unsere Zeitung in Druck geht, tritt in Freiburg der Landtag zusammen, welchem das nunmehr gebildete Rumpfkabinet der CDU und SPD vorgestellt wird. Obwohl die Kommunistische und Sozialdemokratische Partei sich für die Bildung einer Vier-Parteien-Regierung einsetzen und auch in den Reihen der beiden bürgerlichen Parteien es nicht an Stimmen für diese Lösung fehlte, konnte dem Landtag keine solche Regierung vorgestellt werden. Es wird an der Haltung der Fraktionen im Landtag liegen, in dieser ersten wichtigen Tagung durch Verständigung zwischen den Parteien noch die Lösung zu finden, welche dem Willen aller entspricht, die entschlossen sind, die Überwindung des Hungers und der Not für unsere Bevölkerung, über Prestigefragen oder Parteinteressen zu stellen.

Die Bevölkerung verfolgt deshalb mit Interesse diese Landtagssitzung. Möge unsere Volksvertretung sich als auf der Höhe ihrer Verantwortung und Aufgaben bewiesen.

Zur Regierungsbildung wird aus der Staatskanzlei uns mitgeteilt: In der Bekanntgabe der neuen Badischen Regierung wurde auch das sogenannte Ministergesetz erwähnt. Seine Bedeutung dürfte der Öffentlichkeit noch nicht allgemein vertraut sein. Das Gesetz, das in Artikel 76 der Verfassung vorgeschrieben ist, hat die Festsetzung der Zahl und der Geschäftsbereiche der Minister zum Ziel. Der Staatspräsident kann somit die

Auch das Liebgewinn mit dem sog. „Marshall-Plan“, das Schließen und Haschen nach der Losung der sog. „Europa-Union“ Churchill, Vansittards, Morgenthau, den Plänen Hoovers nach einem westdeutschen Staatenbund liegt nicht im Interesse des deutschen Volkes. Es gibt keine Teilung der Welt in Ost und West; lediglich eine solche in Fortschritt und Reaktion.

Das alte Prinzip „Teile und herrsche“ soll nach dem Willen der Reaktion auf Deutschland seine Anwendung finden. Deutschland selbst soll nach dem Willen dieser Kreise in ein koloniales Abhängigkeitsverhältnis gebracht werden.

Dem gegenüber muß der Wille der vereinten fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes, der vereinten Sozialisten stehen. In diesem Sinne habe die Kommunistische Partei nirgends ihre Mitarbeit versagt und sie ist auch bereit, künftighin überall mitzuwirken. Es gehe heute darum, die Voraussetzungen für eine wirkliche Demokratie zu schaffen, das Fundament der Reaktion zu vernichten, was gleichbedeutend ist, mit einer wirklichen Entnazifizierung, der Vernichtung der Monopole und Konzerne, der Aufteilung des Großgrundbesitzes, der Verwirklichung des vollen Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen, einer sinnvollen, planmäßigen Ausnutzung unserer Produktionsstätten, Arbeitskräfte und Rohstoffe, der baldigsten Überwindung der Zonengrenzen und als wesentlichsten Garantien für unsere Zukunft und die Verwirk-

lichung des Sozialismus, die Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse, die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei über ganz Deutschland.

In einer Resolution wurde entschieden Protest erhoben gegen den reaktionären Vorstoß der Vertreter der BCSV im Badischen Landtag, demzufolge dieser beschloß, den durch das Volk gewählten Vertretern der Kommunistischen Partei das Fraktionsrecht abzuschneiden und ihnen dadurch die Möglichkeit nahm, entsprechende, im Interesse der Bevölkerung notwendige Gesetzesentwürfe einzubringen. Diese Maßnahmen haben mit Demokratie nichts gemein, deshalb fordert die Kreiskonferenz der KP die sofortige Aufhebung dieser antidemokratischen Maßnahme und die Anerkennung der Kommunisten als vollgleichberechtigte Fraktion im Bad. Landtag.

Es wurde die baldige Bildung einer Badischen Regierung gefordert, welche von allen Parteien getragen sein muß, mit dem Hinweis darauf, daß nur durch die aufrichtige Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte wir im Stande sein werden, die Not zu meistern.

Die vor kurzem bekanntgegebenen Aufwandsentschädigungen für Bürgermeister wurden als untragbar bezeichnet und vorgeschlagen, die Partei möge die Initiative ergreifen, um gemeinsam mit der SPD und dem Bad. Gewerkschaftsbund zu erwirken, daß der Landtag diese ungeheuer hohen Gehälter, auch die der Ministerien und der anderen Behörden überprüft mit dem Ziele, dieselben zu senken und die Gehälter der unteren Angestellten entsprechend zu verbessern, insbesondere aber die eingesparten Beträge für die Besserstellung der Sozialrentner, der Frauen, deren Männer in Kriegsgefangenschaft geraten oder gefallen sind, der Kriegsverwehrteten zu verwenden.

In diesem Zusammenhang wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß der noch bestehende Lohnstopp unmöglich aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht die Preise entsprechend gesenkt werden. Besonderes Augenmerk sei auch auf die Löhne der Frauen und Jugendlichen zu richten. Die neue Fassung der Kontrollratsdirektive Nr. 14 gäbe die Möglichkeit der Angleichung der Löhne, auch zur Verwirklichung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Die Ausgleichung der Löhne muß auf Kosten des Profits der Unternehmer erfolgen und darf keine Preissteigerung nach sich ziehen. Unsere besonderen Verhältnisse, der schlechte Gesundheitszustand, der bereits heute festzustellende Arbeitsausfall von 25 bis 30 Prozent erforderte die Festlegung der 40-Stunden-Woche bei Auszahlung des vollen Lohnes, um die Gesundheit der Werktätigen und die für unsere Versorgung so notwendige Produktion zu erhalten.

Zur Frage der politischen Säuberung wurde folgende Resolution einstimmig gutgeheißen:

„Trotzdem das Säuberungsgesetz längst erlassen, unsere Vertreter für die Mitarbeit bei den Spruchkammern längst benannt sind, haben die Spruchkammern ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen. Dies liegt z. T. in der Unmöglichkeit begründet, genügend Richter, Juristen zu finden, unter anderem ist es der Ausdruck der Sabotage gewisser Kreise. Wir fordern das Kommissariat für politische Säuberung auf, daß als Vorsitzende der Spruchkammern entsprechend fähige Antifaschisten herangezogen werden und daß die Spruchkammern bis spätestens 15. August ihre Tätigkeit aufnehmen.“

Besondere Erwähnung fand eine öffentliche Anfrage an das Staatskommissariat für Ernährung bezügl. einer Anordnung, wonach es der Bevölkerung untersagt wurde, sich direkt beim Erzeuger Obst und Gemüse zu beschaffen. Die Anfrage hatte seinerzeit folgenden Wortlaut:

„1. Richtet sich diese Verfügung auch gegen jene, die Dank der völlig unzureichend geteilten Lebensmittel gezwungen sind, nachdem sie den ganzen Tag, die ganze Woche in der Werkstätte, in der Fabrik zubrachten, ihre Freizeit zu benutzen, um sich zusätzlich etwas Gemüse und Obst zu besorgen? (Spankürbler).“

2. Was für Maßnahmen haben sie vorgesehen, um künftighin eine bessere Erfassung und gerechtere Verteilung von Gemüse und Obst zu gewährleisten?“

Trotzdem diese Anfrage bereits am 1.7.47 gestellt wurde, hat es das Ernährungskommissariat bis heute nicht für notwendig gefunden, zu antworten. Diese Tatsache rief allgemeinen Protest hervor.

Hefig kritisiert wurde die ungleiche Belieferung der Normalverbraucher auf dem Lande gegenüber den Normalverbrauchern in der Stadt. Ebenso auch das bestehende Prinzip der sog. Prioritätsbetriebe. Es wurde die Meinung vertreten, daß dies alles nur dazu dienen könne, die Werktätigen gegeneinander auszuspielen.

Zur Organisationsarbeit wurde die Forderung nach systematischer Herausgabe von Schulungsmaterial und die Herausgabe eines Funktionärsmittlungsblattes erhoben.

Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Eckert und der Wahl der Delegierten zum Parteitag wurde die Konferenz geschlossen.

## UNSER TAG

Volkszeitung für Baden  
Chefredakteur: Dr. Karl Bittl (in Urlaub)  
Verantwortlich i. V.: Gerhard Wohlrath  
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1  
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg.  
Verlag: Südwest-Verlag - GmbH, (17b) Offenburg.  
Hauptstr. 115, Postfach 461, Fernruf 2207. - Erscheint mittwochs u. freitags. - Bezugspreis monatl. 1,50 Mk. einsch. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Postgebühr.  
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

## Fall „Exodus“ und die Lage in Palästina

Port de Bouc (Südena). Von den Passagieren der „Exodus 1947“ haben inzwischen etwa 70 Kranke, alte Männer, Frauen und Kinder, das Schiff verlassen und sind in Frankreich an Land gegangen. Ein jüdischer Vertreter erklärte zu der Möglichkeit, daß die Emigranten nach Hamburg oder Tobruk gebracht werden sollten, wenn sie sich an ihren Beschlüssen hielten, nicht auf französischen Boden zu gehen: „Meine Glaubensbrüder werden sich nur in Palästina an Land bringen lassen, nichts kann ihren Willen dazu beugen.“

Paris. Die Nationalversammlung dankte der Regierung für ihre Hilfe für die Exoduspassagiere und forderte sie auf, an die englische Regierung zu appellieren, so schnell wie möglich eine menschliche Lösung für die Flüchtlinge zu finden.

Warschau. „Wir verlangen, daß Großbritannien sein Mandat in Palästina aufgibt, wir wollen von dem Schutz Englands befreit werden und fordern für alle Juden das Recht der freien Einwanderung nach Palästina“, erklärte der Vertreter der jüdischen Agentur Palästinas vor der polnischen und der Auslandspresse nach seiner Ankunft.

Jerusalem (Südena AFP). Ein Sprecher der jüdischen Agentur versicherte: „Die jüdische Allgemeinheit und die Haganah haben ihr möglichstes getan, um die Verbrechen der Terroristen zu verhindern; es ist nicht ihr Fehler, wenn es ihnen nicht gelungen ist.“

Bei neuen Zwischenfällen im Tel-Aviv gab es 6 Tote und 18 Verwundete. Es herrscht nach wie vor in ganz Palästina eine kritische Lage.

## Abkommen Gewerkschaftsbund - Arbeitgeberverband in Frankreich

Paris (Kosmos). Der allgemeine französische Gewerkschaftsbund und der französische Arbeitgeberverband haben nach den vorausgegangenen Verhandlungen am 1. August das Abkommen über die Neuordnung der Löhne und Preise unterzeichnet. Es sieht folgende Maßnahmen vor: Erhöhung der Löhne aller Kategorien um durchschnittlich 11 Prozent, Verbesserung der Familienbeihilfen zum Lohn, Erhöhung der Alterspensionen der Arbeiter aus den Mitteln der Kassen der sozialen Versicherungen, Neugestaltung der Preisbildung, planmäßige Preisüberwachungen, Strafen für Preisüberschreitungen bis zur Beschlagnahme der Unternehmen. Größtmögliche Steigerung der Produktion. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte werden der industriellen Erzeugung angepaßt. Das Abkommen tritt spätestens in den ersten Septembertagen in Kraft.

## Aus Franco-Spanien

Warschau. Der „Kurier Codzienny“, das Blatt der Demokratischen Partei, bringt ein Interview mit Manuel Sanchez Arcas, dem Gesandten der Spanischen Republik in Warschau, über die Lage in Spanien. Der Gesandte erklärt, daß dort neben dem immer stärker werdenden Terror Not und Hunger herrschen, während die Preise für Lebensmittel um 539 Prozent gestiegen sind. Trotz des im Lande herrschenden Hungers hat Franco an ein einziges europäisches Land in den ersten vier Monaten dieses Jahres für 6 565 000 Pfund Sterling Lebensmittel verkauft. Die Großkapitalisten erzielen phantastische Gewinne. Z. B. hat die „Compania Naviera Aznar“ bei einem Gründungskapital von 80 Millionen Peseten im Jahre 1945 einen Reingewinn von 72 200 Peseten erzielt.

Bis zum vergangenen Jahre wurden 1 876 402 Personen als Regime-Feinde abgeurteilt. Im Laufe der ersten vier Monate dieses Jahres wurden 196 Personen erschossen. Nach dem sogenannten „Recht der Repressalien“ gegen das Bandenwesen kann jeder Bürger für seine Zugehörigkeit zu einer politischen Oppositionspartei oder zu einer Berufsorganisation zum Tode verurteilt werden.

## Konferenz der Spanienkämpfer und Mitglieder der französischen Widerstandsbewegung

Von den deutschen Mitgliedern der internationalen Brigaden, welche innerhalb der spanischen Volksarmee gegen Franco kämpften und von den aktiven deutschen Mitgliedern in der französischen Widerstandsbewegung ist geplant, demnächst eine Konferenz durchzuführen. Bisher noch nicht erfaßte Kameraden können sich schriftlich wenden an: G. Wohlrath, Freiburg/Br., Postfach 36.

## Vom griechischen Bürgerkrieg

Athen (Südena AFP). In militärischen regierungstreuen Kreisen Griechenlands ist man der Ansicht, daß die Angriffe, die die Partisanen kürzlich gegen Alexandropolis und mehrere Dörfer auf dem rechten Ufer der Maritza geführt haben, auf eine größere koordinierte Offensive der Partisanen schließen lassen. Die militärischen Stellen sind ferner der Ansicht, daß die Partisanen zur Zeit versuchen, die Aushebung neuer Rekruten zu stören, indem sie die Zentren der Mobilisierung angreifen.

Am Samstagmorgen wurden sieben vom Kriegsgericht von Alexandropolis zum Tode verurteilte Partisanen hingerichtet. In Salomiki wurden zwei der Teilnahme an Sabotageakten auf den Flugplatz von Sedes angeklagte Personen, die zum Tode verurteilt worden waren, hingerichtet.

## Abschluß der BIGA

Freiburg. (Südna) Die badische Landesexportschau fand am Samstag, den 2. August, im Rahmen einer schlichten Feier ihren Abschluß. Wirtschaftsminister Dr. Leibbrand sprach über die Bereitschaft der heimischen Industrie und des Handwerks zum Export. Unter den 250.000 Besuchern hätten sich mehrere tausend Ausländer befunden, die für die Qualitätsarbeiten der badischen Industrie lebhaftes Interesse bekundeten hätten.

Es sei unter verschiedenen Voraussetzungen möglich, die Produktion wieder auf 90 Prozent zu steigern. Allerdings müßte von einem weiteren Abtransport von Maschinen Abstand genommen werden und dazu ausreichende Mengen an Rohstoffen zur Verfügung stehen. Es werde für die Zukunft ein Produktionsplan aufgestellt werden, nach dem die vorhandenen Rohstoffe verteilt würden. Durch Einschaltung der deutschen Dienststellen in die Außenhandelsstelle (Oficomex) und die Zusammenarbeit einer deutschen Kompensationsstelle für Baden mit Ostfrankreich sei schon jetzt ein guter Anfang gemacht worden. Ein Exportbüro für andere Länder werde in Kürze eingerichtet.

## Vom Badischen Gewerkschaftsbund

Freiburg. Aus der Arbeit der Bundesleitung ist zu berichten, daß sie auch weiterhin in Fühlung mit der Militärregierung zur Besprechung der Ernährungslage und der allgemeinen Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse steht. Um die schwebenden Lohnfragen in den verschiedenen Industriezweigen im Rahmen der vom Kontrollrat erlassenen Anordnungen abzuklären, wurde bei der Direktion Arbeit eine Lohnkommission gebildet, die aus Gewerkschaftsvertretern, Vertretern der Unternehmer und des Wirtschaftsministeriums besteht. Eine besonders wichtige Aufgabe ist die Demokratisierung der Wirtschaft. In diesem Zusammenhang setzt sich der Gewerkschaftsbund zur Zeit entschieden für die paritätische Vertretung der Gewerkschaften in Industrie- und Handelskammern ein. Zur Förderung der Betriebsrätearbeit finden nunmehr vier Gebietskonferenzen der südbadischen Betriebsräte statt.

## Neue Ortsleistungsausschüsse

Freiburg. Ein Teil der Ortsleistungsausschüsse hat die übertragenen Aufgaben nicht in angemessener und unparteiischer Weise durchgeführt. Nach Anordnung des Ministeriums für Landwirtschaft und des Staatskommissariats für Ernährung werden deshalb diese Ausschüsse umgebildet und aus Kreisen der Verbraucher ergänzt. Die Ortsleistungsausschüsse werden sich künftig aus 7 Mitgliedern zusammensetzen, nämlich dem Bürgermeister als Vorsitzenden, dem Ortsbeauftragten als dem stellvertretenden Vorsitzenden, drei Landwirten, davon mindestens ein Kleinlandwirt oder landwirtschaftlicher Arbeiter, welche vom Gemeinderat zu benennen sind, einem durch die Gewerkschaft zu benennenden Normalverbraucher und einem vom Gemeinderat zu benennenden Normalverbraucher. Die vorgeschlagenen drei Landwirte bedürfen der Bestätigung des Landwirtschaftsamts und des Ernährungsamts.

Die Ernennung der so gebildeten Ortsleistungsausschüsse erfolgt auf ein Jahr. Sämtliche Ausschußmitglieder dürfen mit dem Bürgermeister oder dem Ortsbeauftragten in keinem nahen verwandtschaftlichen oder schwägerlichen Verhältnis stehen.

## Hirtenschulen in Südbaden

In verschiedenen badischen Gemeinden wie in Eschbach, Hinterzarten, St. Peter, Oberglottertal u. a. mehr ist in der Nachkriegszeit durch Gemeinderatsbeschlüsse die mittelalterliche Form der Hirtenschule wieder eingeführt worden. Sie besteht im wesentlichen darin, daß die Kinder des vierten bis achten Schuljahres ab 5 Uhr früh bis mittags zur Hütarbeit eingesetzt werden. Nach hastig verschlungenem Mittagessen müssen sie von 12 bis 16 Uhr in völlig übermüdetem Zustand zur Schule gehen, um nach Beendigung des Unterrichts wieder zur Arbeit angehalten zu werden. Für die Bauern sind die Hütelkinder selbstverständlich eine große Hilfe. Verrichten sie doch fast ohne Entgelt für wenige Mark jährlich mit anderen Essenrationen als für Erwachsene eine verantwortliche Arbeit.

Es ist jedoch zu bedenken, daß die Kinder dieser Gemeinden in ihrer zukünftigen Entwicklung benachteiligt sein müssen, wenn sie keinen geregelten Schulunterricht erhalten, denn es ist allzu begreiflich, daß auch beim besten Willen des Lehrers ihm die Hütelkinder während des Unterrichts einschlafen. Für die Gestaltung eines wirklichen demokratischen Deutschlands ist es besonders notwendig, daß die Kinder der Werktätigen einen ordentlichen Schulunterricht erhalten, damit ihnen später alle Entwicklungsmöglichkeiten offen stehen.

§ 24 der badischen Verfassung verbietet ausdrücklich die Kinderarbeit. Jedermann wird jedoch Verständnis haben, wenn unter Berücksichtigung der besonderen Wichtigkeit der Landwirtschaft zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, in den entsprechenden Jahreszeiten, da das Vieh auf die Weide getrieben wird, die Kinder in den bäuerlichen Familien bei dieser Arbeit helfen, was jedoch nicht ausschließen darf, daß sie am Vormittag ihren Schulunterricht erhalten. In Hinterzarten sind von 300 Schülkindern 40 Hütelkinder und in Oberglottertal von 500 nur 7. Wegen der Ausnutzung dieser sieben Kinder zur Hütarbeit müssen die übrigen Schulkinder auf einen geordneten Schulbetrieb verzichten.

Es sind uns keine gesetzlichen Grundlagen bekannt, welche die Mehrheit der der BCSV angehörenden Gemeinderäte berechtigt, eine solche rückständige Schulform einzuführen. Im Interesse einer ordentlichen Ausbildung der Kinder der Werktätigen, die unsere zukünftigen, verantwortungstragenden Staatsbürger sein werden, muß gegen diese Maßnahmen protestiert werden.

Das Wiederauftauchen der Hirtenschulen in Baden war auch nur deshalb möglich, weil hier noch keine gewerkschaftliche Organisation der Lehrer besteht. Die Widerstände zur Schaffung dieser demokratischen Lehrer-Organisation als Mitgestalterin des Schulwesens liegen zum Teil darin begründet, daß die politische Säuberung der Lehrkörper unserer Schulen im Gegensatz zu den anderen Zonen Deutschlands hier noch nicht zu Ende geführt ist. Die wichtigste Ursache ist jedoch zweifellos, daß die Lehrer, wenn sie nicht den vorherrschenden Standpunkt der BCSV vertreten, Gefahr laufen, stellunglos zu werden, denn mehrfach besuchten Lehrer unsere Parteileitung, um sich über die bestehenden Zustände zu beschweren, aber immer verbunden mit der Bitte, ihre Namen nicht zu nennen damit sie nicht wirtschaftlichen Schädigungen ausgesetzt werden.

Ein weiteres Problem ist die Bezahlung der Junglehrer, deren Bruttogehalt sich zwischen 118

und 130 Mark monatlich bewegt. Es ist begreiflich, daß sich die begabten jungen Menschen nicht lediglich aus Idealismus für die zweifellos verantwortungsvolle Arbeit eines Junglehrers entscheiden. Warum auch sollen diejenigen, denen unser kostbarstes Gut, unsere Jugend, anvertraut ist, sozial schlechter gestellt sein, als ein Arbeiter? Deshalb Erhöhung der Gehälter der Junglehrer! Es muß eine Angelegenheit aller fortschrittlichen Lehrer und der Landtagsfraktion aller fortschrittlichen Parteien sein, in die bisher nicht sonderlich demokratischen Verwaltungsmethoden des Kultusministeriums und der Kreisschulämter mehr Einblick zu nehmen, um dort die dringend notwendigen fortschrittlichen und wahrhaft demokratischen Methoden durchzusetzen.

G. W.

## Hausbrand aus eigenem Kohlenflöz

Leipzig. Eine Selbsthilfeaktion außergewöhnlicher Art bereitet die Stadt Leipzig zur Versorgung ihrer Bevölkerung mit Hausbrand vor, indem sie die Vorarbeiten zur Ausbeutung eines in Stadtnähe gelegenen Kohlenflözes durchführt. Der Abbau zur Winterversorgung der rund 280.000 Leipziger Haushalte wird durch Angehörige der Betriebe erfolgen.

## Handelsbesprechungen mit der Tschechoslowakei

Prag. Zu Besprechungen über Gütertausch und Zahlungswege, sowie Fragen des Gütertransports und des Geschäftsreisverkehrs zwischen der Tschechoslowakei und der B1-Zone sind Vertreter der britischen Militärregierung nach Prag abgeflogen.

## Werden wir Kartoffeln einkellern?

Die diesjährige Trockenheit läßt auf keine volle Kartoffelernte schließen, obwohl die Felder im allgemeinen nicht schlecht stehen und durch die zahlreichen Gewitterregen in verschiedenen Landstrichen immerhin eine mittlere Ernte zu erwarten ist. Einen gewissen Ausfall verursacht das zu spätere Eintreffen von Saatgut und die übertriebene Forderung, das Saatgut gegen das doppelte Quantum Speisekartoffeln einzutauschen, wenn dies auch später auf eins zu eins herabgesetzt wurde.

Das Entscheidende ist aber, daß dieses Jahr die Fehler und Mängel der vorjährigen Kartoffel-Erfassung und -Einkellerung abgestellt werden.

In den Arbeiterkreisen ist man sehr beunruhigt und man sieht mit großer Sorge dem kommenden Winter entgegen. Man möchte wissen, ob alles getan wird, damit dieses wichtige Volksnahrungsmittel gesichert ist und auch bestimmt in den Keller kommt. Es könnte wesentlich zur Beruhigung unserer schwergeprüften Bevölkerung beitragen, wenn sie sehen würde, daß alle für die Kartoffelversorgung maßgebenden Kreise, — das Ernährungsministerium, die Kreisernährungsämter, Ortsleistungsausschüsse, Großhandel, Transportunternehmer und Eisenbahn — in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Betriebsräten, in diesem Jahr alles tun würden, um die Einkellerung zu sichern.

Was ist zu tun? Zur Zeit finden Feldbegehungen von gemischten Kommissionen der

## Aus der Arbeit der Betriebsräte

Freiburg. Nachdem die zwei größten Betriebe Südbadens Daimler-Benz Gaggenau und Maggi-Werke Singen a. H. bereits vor längerer Zeit ihre Betriebsvereinbarungen abgeschlossen haben, steht nunmehr ein weiterer Großbetrieb, die Firma Giermann Gutach, vor dem Abschluß.

Badenweiler. Am 4. August haben die gebildeten Kommissionen hier ihre Vorarbeiten zur Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften begonnen. Eine Kommission für Betriebsrätewesen und Arbeitsrecht hat die Aufgabe, die in den einzelnen Ländern entstandenen Entwürfe für ein Betriebsräte- und Arbeitsgerichtsgesetz für das gesamtdeutsche Gebiet einheitlich auszuarbeiten.

Herbolzheim. Die Herbolzheimer Eisenindustrie hat vergangene Woche ihre Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Die Firma gewährt den Betriebsangehörigen einen zusätzlichen Urlaub von 2-6 Tagen, entsprechend der im Vorjahre geleisteten Arbeitstage.

Freiburg. In der Betriebsvereinbarung der Firma Flinsch, Papierfabrik, Freiburg, ist neben anderem die gemeinsame Verwaltung der Werkwohnungen und der Werkgärten festgelegt. Des weiteren besteht bereits eine Unterstützungs- und Wohlfahrtskasse und der Betriebsrat ist bei der Verteilung der Zuwendungen mitbestimmend tätig. Der zusätzliche Urlaub beträgt je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit 1 bis 6 Tage.

Militärregierung und des Landwirtschaftsministeriums statt, um eine stichweise Nachprüfung der angemeldeten Flächen durchzuführen. Wie bereits die ersten Ergebnisse der Kontrollkommissionen bewiesen haben, hat ein Teil der Bauern ihre Kartoffelanbaufläche zu niedrig angegeben. Nach genauer Festlegung der Anbaufläche wird es unsere Aufgabe sein, die Entnahmen zu kontrollieren, bzw. zu beschränken. Die von den einzelnen Bauern aufzubringenden Mengen müssen rechtzeitig mitgeteilt, und durch Proberodungen Mitte September ist der reale Ernteertrag festzustellen. Der Abtransport der Kartoffeln muß bereits mit dem Beginn der Ernte einsetzen und womöglich direkt vom Felde aus verladen werden. Die Gewerkschaften und Betriebsräte werden in den Kreisernährungs- und Ortsleistungsausschüssen zum Gelingen der Kartoffeleinkellerung ihren Teil beitragen müssen. Die Betriebsräte müssen in Vereinbarung mit den Unternehmern dafür sorgen, daß die notwendigen Arbeitskräfte und der Transportraum bereitstehen, um einen durchgreifenden Erfolg der Kartoffelaktion zu gewährleisten.

Die arbeitende Bevölkerung wird dieses Jahr mit aller Schärfe die Versager, wo sie auch sitzen mögen, an den Pranger stellen und zur Rechenschaft ziehen. Die Arbeiter und alle Schaffenden fordern, daß unsere landwirtschaftlichen Produkte restlos auf ordentlichem Wege dem Konsumenten zugeführt werden.

M. F.

## Hiroshima - vom Untergang einer Stadt

### Vor zwei Jahren fiel die erste Atombombe

Ueber den Untergang der Stadt Hiroshima, die der am 6. August 1945 abgeworfene Atombomben nach dem Opfer fiel, hat der Amerikaner John Hersey einen Tatsachenbericht veröffentlicht, den wir auszugsweise wiedergeben. Die Wirkung dieses furchtbaren Kriegsergebnisses, das dem zweiten Weltkrieg ein Ende setzte, kann nur abgeschätzt werden. Nach solchen Schätzungen wurden durch eine Bombe über 78.000 Menschen getötet, etwa 38.000 verletzt, während das Schicksal von etwa 14.000 Vermissten ungewiß geblieben ist. Man rechnete die Kraft, die durch die Explosion wirksam wurde und kam zu dem Ergebnis, daß ein Druck bis 8 Tonnen je Quadratmeter zur Auslösung kam. Granit, dessen Schmelzpunkt bei 900 Grad Celsius liegt, Tonziegel, deren Schmelzpunkt 1300 Grad C beträgt, wurden geschmolzen. Im Explosionszentrum der Bombe herrschte eine Temperatur von 6000 Grad Celsius.

Inzwischen arbeiten Wissenschaftler an einer weiteren Vervollkommnung dieser furchtbarsten Vernichtungswaffe. Welche Verwüstungen damit in einem Konfliktfall angerichtet würden, kann man nur erahnen. Die Furcht vor dem Eintritt einer neuen, vielleicht letzten Katastrophe, lastet auf der Menschheit. Die kriegstreibenden Kräfte zu entlarven und unschuldig zu machen bleibt die Aufgabe jedes Menschen dem Kultur und Fortschritt und das Leben seiner Nachfahren am Herzen liegt. Bei uns in Deutschland werden die üblichen Spekulanten auf einen politischen Krieg, die bei jeder im Verlaufe der neuerlichen Konsolidierung zwischen den Großmächten auftretenden Spannung Morgenluft wittern, ihre Prophezeiungen die der Vernichtung unseres Volkes das Wort reden — durch die Anstrengungen der starken friedens- und lebenswilligen Kräfte Lügen gestraft werden.

Reverend Tanimoto war an diesem Morgen um 5 Uhr aufgestanden. Er war allein im Pfarrhaus, denn seit einiger Zeit schlief seine Frau mit dem einjährigen Kind nachts bei einer Freundin in Ushida, einem nördlich gelegenen Vorort. Seit Wochen gab es in Hiroshima fast jede Nacht Alarm, denn die Bomber strichen stets über die Küste bei Hiroshima. Herr Tanimoto hatte alle beweglichen Gegenstände aus seiner Kirche nach dem Haus des Kunstseidenfabrikanten Matsuo in Koi, zwei Meilen vom Stadtzentrum entfernt geschafft. Ein Freund namens Matsuo hatte ihm tags zuvor geholfen, das Klavier nach Koi zu schaffen; als Gegenleistung hatte er versprochen, Herrn Matsuo heute behilflich zu sein beim Fortschleppen der Habe seiner Tochter. Deshalb war er so früh aufgestanden.

Herr Tanimoto brach also an diesem Morgen vor 6 Uhr mit Herrn Matsuo auf. Der Morgen war vollkommen klar und sehr warm. Wenige Minuten nach dem Aufbruch kam Voralarm; dieses

Signal wurde jeden Morgen um die gleiche Zeit gegeben, wenn die amerikanische Wetterdienst-Maschine die Stadt überflog. Die zwei Männer schoben und stießen den Handwagen durch die Straßen. Als die beiden Männer aus der Stadt kamen und sich einem Teil näherten, der etwas entfernt lag von den Häuserzeilen, kam Entwarnung. Die japanischen Radar-Stationen hatten nur drei Flugzeuge ermittelt, und man nahm an, daß es sich um Aufklärer handelte. Den Handwagen zu dem Haus des Kunstseidenfabrikanten hinaufzuschieben, war recht ermüdend, und so rasteten die zwei Männer ein Weichen vor den Stufen des Hauses. Sie standen so, daß ein Flügel des Hauses zwischen ihnen und der Stadt lag. Das Haus bestand aus einem hölzernen Gerüst und Holzwänden, die ein schweres Ziegeldach trugen. Seine vordere Halle war mit Ballen von Bettzeug und Kleidung vollgepackt. Dem Haus gegenüber, rechts von der Eingangstür, befand sich ein großer Felsen-Ziergarten. Man hörte keine Flieger. Der Morgen war ganz ruhig, der Ort kühl und angenehm.

Da durchschnitten ein ungeheurer Blitz den Himmel. Herr Tanimoto erinnerte sich deutlich, daß er von Osten nach Westen zog, von der Stadt nach den Hügeln hin. Er war wie ein Strom aus Sonnenlicht. Er und Herr Matsuo reagierten in ihrem Schreck auf verschiedene Weise — und sie hatten Zeit, etwas zu unternehmen, denn sie befanden sich zwei Meilen vom Zentrum der Explosion entfernt. Herr Matsuo rannte die Stufen hinauf ins Haus und vergrub sich zwischen den Bettsäcken. Herr Tanimoto warf sich zwischen zwei große Felsen in dem Ziergarten zur Erde. Er preßte sich eng gegen den einen Felsen an, dem er das Gesicht zukehrte, so daß er nicht sehen konnte, was vor sich ging. Er fühlte nur einen plötzlichen Druck, und dann fielen Holzsplitter und Ziegelstücke auf ihn nieder. Er hörte kein Krachen. Fast niemand in Hiroshima erinnert sich, das Bersten der Bombe gehört zu haben.

Nach einer Weile wagte Herr Tanimoto den Kopf zu heben und sah, daß das Haus des Kunstseidenfabrikanten eingestürzt war. Er dachte, eine Bombe sei unmittelbar darauf gefallen. Es hatten sich große Staubwolken erhoben, so daß eine Art Zwielicht ringsum herrschte. Er dachte im Au-

genblick nicht an Herrn Matsuo unter den Trümmern und lief in panischem Schrecken auf die Straße. Beim Laufen bemerkte er, daß die Betonmauer des Grundstücks eingefallen war. Auf der Straße sah er einen Trupp Soldaten. Sie hatten sich in dem gegenüberliegenden Abhang eingegraben. Nun kamen sie aus ihrem Loch, in dem sie sich sicher glaubten, und das Blut lief ihnen von den Köpfen, aus der Brust, aus dem Rücken. Sie waren stumm und wie betäubt. Immer mehr verdunkelte sich das Tageslicht.

Er überlegte, daß wohl mehrere Bomben gefallen sein müßten, obgleich man Entwarnung gegeben und er auch keine Flugzeuge gehört hatte. Der kleine Hügel im Garten des Kunstseidenfabrikanten fiel ihm ein: von hier aus müsse man ganz Koi, ja sogar ganz Hiroshima überblicken können. Ein befremdlicher Anblick bot sich Herrn Tanimoto, als er auf der Erhebung angelangt war. Nicht nur über einem Teil von Koi, sondern über ganz Hiroshima, soweit er durch den Dunst sehen konnte, stieg ein dicker, fürchterlicher Rauch auf. In der Nähe brannten Häuser. Große, kugelige Wassertropfen fielen nieder. Er dachte erst, sie kämen aus den Spritzen der Feuerwehr, die die Brände bekämpfte. In Wirklichkeit waren es Tropfen von kondensierter Flüssigkeit, niederfallend aus dem Gemenge von Staub, Hitze und Spaltprodukten der Bombe, das sich wie ein Turm mellenhoch über Hiroshima erstreckte.

Herr Tanimoto wandte sich von dem Anblick ab, als er Herrn Matsuo rufen und fragen hörte, ob ihm etwas passiert sei. Herr Matsuo war in dem einstürzenden Haus sicher inmitten des Bettzeuges gelegen und hatte sich herausgearbeitet. Herr Tanimoto antwortete ihm kaum. Er dachte an seine Frau und das Kind, an seine Kirche, sein Heim und seine Pfarrkinder dort unten in der Finsternis. Voll Angst begann er zu laufen — der Stadt zu.

In seiner Angst um die Familie und um seine Kirche nahm Herr Tanimoto zuerst den kürzesten Weg nach Hause, die Koier Landstraße entlang. Er war der einzige, der auf die Stadt zuging: Hunderte und aber Hunderte begegneten ihm auf der Flucht aus der Stadt, und jeder war verletzt. Manche hatten versengte Augenbrauen, und die Haut hing ihnen in Fetzen von Gesicht und Händen. Andere hielten vor Schmerz die Arme hoch,

als ob sie etwas in beiden Händen vor sich hertragen. Einige erbrachen sich beim Gehen. Viele waren nackt oder in Lumpen. Auf einige unbedeckte Körper hatte das Feuer Muster gezeichnet, von Gürteln oder Hosentägern, und auf der Haut einiger Frauen sah man die Form der bunten Blumen von ihren weißen Kimonos (weiß hält die Hitze ab, dunkle Stoffe absorbieren sie und führen sie der Haut zu). Viele Verwundete bemühten sich um Verwandte, die noch über dran waren. Fast alle hielten den Kopf gesenkt, blickten gerade vor sich hin und äußerten keinerlei Gemütsbewegung mehr.

Das Volk strömte in den Asano-Park. Er lag so weit abseits von der Explosion, daß seine Vegetation noch erhalten war.

Herr Tanimoto fand den Park schon stark bevölkert vor. Es war schwer, die Lebenden von den Toten zu unterscheiden, denn die meisten lagen ganz ruhig da, mit offenen Augen. Herr Tanimoto ging ans Flußufer und hielt Ausschau nach einem Boot, in dem er einige besonders schwer Verletzte vor dem um sich greifenden Feuer über den Fluß bringen könnte. Als er einen wohlgebauten flachen Kahn fand, bot sich ihm ein grauenvolles Bild: fünf tote Männer, fast nackt und schwer verbrannt, nach ihren Stellungen zu urteilen, hatten sich gemeinsam bemüht, das Boot in den Fluß hinabzustößen. Herr Tanimoto entfernte die Leichen von dem Kahn. Der Kahn war schwer, doch es gelang, ihn ins Wasser zu bringen. Es waren keine Ruder darin; nur eine dicke Bambusstange. Er arbeitete sich damit stromaufwärts durch.

Herr Tanimoto sah ungefähr zwanzig Männer und Frauen auf der Sandbank. Er trieb das Boot heran und beschwor sie, einzusteigen. Sie rührten sich nicht und da begriff er, daß sie zu schwach waren, um sich zu erheben. Er rückte sich und faßte eine Frau bei den Händen, aber ihre Haut glitt in großen Stücken ab wie ein Handschuh. Es ekelte ihn so, daß er sich einen Augenblick hinsetzen mußte. Dann stieg er ins Wasser, und dieser schmächtige Mann hob mehrere Männer und Frauen in das Boot hinein. Sie waren nackt, ihre Rücken und Brüste klebrig feucht. Er erinnerte sich mit Unbehagen an die großen Brandwunden, die er den ganzen Tag hindurch hatte ansehen müssen; gelb am Anfang, dann rot und angeschwollen mit sich ablösender Haut und schließlich am Abend eitrig und stinkend. Er trug die schleimigen lebenden Leichname einen Abhang hinauf, so daß die Flut sie nicht erreichen konnte. Er mußte es sich immer wieder versprechen: „Das sind menschliche Wesen.“

